

Bezugspreis:

Wochenpreis 1.20 M. monatlich 3.60 M. ...

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Donnerstag, den 20. April 1922

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Lloyd George gegen Rathenau.

V. Sch. Genua, 20. April. (Eigener Drahtbericht.) Bei der Schwelgheit der deutschen Abordnung gegenüber der deutschen Presse...

Danach soll Lloyd George in der gestrigen Besprechung mit Dr. Wirth und Dr. Rathenau darauf gedrängt haben, zu erfahren, welches Mitglied der englischen Abordnung...

In dieser Besprechung soll auch festgestellt worden sein, daß Dr. Rathenau den Reichskanzler nicht vollständig über die Verhandlungen mit den Russen informiert habe...

Genau wie im Entenslager die deutsche Behauptung als unwahr erklärt, daß der zweite Generalsekretär der Konferenz, Herr Gossin, der deutschen Abordnung beigefügt habe...

Hierzu meldet „Esturope“ noch weiter: Dr. Rathenau konnte keine bestimmte Versicherung abgeben, daß er Wirth gegenüber tatsächlich von einem bevorstehenden Abschluß...

Hauptsächlich soll Dr. Wirth gesprochen und anerkannt haben, daß die durch den Vertrag geschaffene Lage außerordentlich schwierig sei. Die deutschen Abordnung bedauere es übrigens...

Wirth nicht, sondern er erklärte, daß die deutsche Abordnung in Genua zusammenberufen sei und daß auch mit den in Berlin verbliebenen Ministern telephonisch konferiert werde...

Wirth erklärt man, nach „Esturope“, daß Rathenaus Lage nicht ganz leicht sei, daß aber jedenfalls im Laufe des heutigen Tages, sobald die Antwort der deutschen Abordnung an die Alliierten fertiggestellt sei...

Genau, 20. April, 7 Uhr morgens. (EP.) Bisher zeigen sich nur wenige Anzeichen zur Klärung. Die eifrigen italienischen Verhandlungsbeteiligungen haben nicht den gewünschten Erfolg...

Genau, 20. April, 7 Uhr morgens. (EP.) Bisher zeigen sich nur wenige Anzeichen zur Klärung. Die eifrigen italienischen Verhandlungsbeteiligungen haben nicht den gewünschten Erfolg...

Genau, 20. April, 7 Uhr morgens. (EP.) Bisher zeigen sich nur wenige Anzeichen zur Klärung. Die eifrigen italienischen Verhandlungsbeteiligungen haben nicht den gewünschten Erfolg...

Genau, 20. April, 7 Uhr morgens. (EP.) Bisher zeigen sich nur wenige Anzeichen zur Klärung. Die eifrigen italienischen Verhandlungsbeteiligungen haben nicht den gewünschten Erfolg...

der gestrigen Unterhandlungen werden sich in den Erklärungen widerspiegeln, die Tschitscherin auf Grund der eingetroffenen Meldungen aus Moskau heute den vier Mächten unterbreiten wird.

Die neutralen Bemühungen.

Genau, 20. April. (EP.) Die alliierten, besonders die italienischen Konferenzreife, haben die höflichen Vorstellungen der Neutralen für eine regere Wiederaufnahme der Kommissionsarbeiten...

Wer ist schuld?

London, 20. April. (W.B.) Der diplomatische Berichterstatter der „Daily News“ schreibt, wenn der Abschluß eines Separatabkommens mit Russland als Torheit Deutschlands bezeichnet werden müsse...

Die Ideale der Konferenz verschwunden

Genau, 20. April. (EP.) Die Ideale der Konferenz sind verschwunden. Statten sei nicht im geringsten dafür zu tadeln, Schanzer habe während der ganzen Konferenz eine liberale Anschauung bewiesen...

In einem Leitartikel schreibt „Daily News“, es sei jetzt klar durch die wiederholten Experimente bewiesen, daß der Friede nicht gesichert werden könne mit den bisherigen, von Versailles bis Genua angewandten Mitteln. Der sich „Student of Politics“ nennende Mitarbeiter schreibt dem „Daily Chronicle“...

Moskau und Washington.

New York, 20. April. (EP.) Der frühere Gouverneur des Staates Indiana, Goodrich, ist gestern, aus Russland kommend, hier eingetroffen. Er weigert sich, zu dem Gerücht, daß er einen Brief Lenin an Harding überbringe...

Kleine Abschwächung des Dollars.

Die Entspannung in Genua rief an der heutigen Berliner Börse einiges Angebot in Devisen hervor. Der Dollar wurde um die Mittagstunde mit 282 gehandelt. Am Effektenmarkt beobachtet die Spekulation immer noch größte Zurückhaltung...

Die neuen Kohlenpreiserhöhungen.

Der Erhöhung der Bergarbeiterlöhne sind Zug um Zug die Kohlenpreiserhöhungen gefolgt, die der Reichskohlenrat gestern festgesetzt hat. Es betragen für Rheinland-Westfalen: Lehnpreiserhöhung pro Mann und Schicht 40 M. Preisenerhöhung für Fettsäure pro Tonne ohne Steuer 130,00 M. mit Steuer und Handelsnutzen circa 194,22 M. Niederschlesien: Lehnpreiserhöhung pro Mann und Schicht 36 M. Preisenerhöhung pro Tonne ohne Steuer und Handelsnutzen 215,30 M. Andere Sorten im alten Verhältnis; Sachsen: Preisenerhöhung im Durchschnitt pro Tonne 227,00 M.

Kein Kurswechsel!

Die Entwirrung der verwickeltesten Situation in Genua scheint bisher keine sonderlichen Fortschritte gemacht zu haben. Daß sie noch erfolgt und in einer Weise erfolgt, die dem Frieden und dem Wiederaufbau Europas dient, bleibt zu hoffen. Die Verhältnisse sind zu unübersichtlich und zu sehr der Veränderung unterworfen...

Ueberblickt man die Stimmen des Auslands, die in ununterbrochenem Strom auf uns eindringen, so kann man ohne Mühe zwei Gruppen unterscheiden. Der einen ist der Zwischenfall im höchsten Grade willkommen, sie sieht in ihm eine Gelegenheit, den Geist des Misstrauens und der Feindseligkeit gegen Deutschland wieder zur vollen Kriegsstärke zu entwickeln...

Die andere Gruppe, und sie scheint uns die stärkere zu sein, bedauert den Zwischenfall, der durch die deutsch-russische Demonstration geschaffen worden ist, aufrichtig. Sie wünscht eine Entwirrung der Lage und eine Fortsetzung der Politik, die zur allmählichen Beruhigung Europas führt. Der gute Wille dieser Gruppe soll von uns nicht unterschätzt werden...

Die unverständliche Gruppe, der es darauf ankommt, das Prinzip der Konferenz selbst in die Luft zu sprengen und gegen die Politik der Verständigung einen entscheidenden Streich zu führen, sucht die Bedingungen für die Beilegung der Krise so zu gestalten, daß sie für die deutsche Delegation entweder unannehmbar sind oder daß ihre Annahme eine schwere moralische Niederlage für Deutschland selbst bedeutet. Hoffentlich begreift die andere, daß man der deutschen Delegation keine unmöglichen Zumutungen stellen darf...

Die Billigkeit des Abschlusses wird nur dann in Deutschland allgemeine Billigung finden, wenn der Beweis dafür erbracht wird, daß Abschluß und Veröffentlichung des Vertrages im gegebenen Zeitpunkt das letzte Mittel waren, um einen gegen Deutschlands Interessen gerichteten Abschluß zwischen Russland und der Entente zu verhindern. Sollte dieser Beweis nicht restlos zu erbringen sein, dann würden viele in Deutschland zu der Ansicht neigen, daß der Außenminister Dr. Rathenau, von irrigen Voraussetzungen ausgehend, überstürzt gehandelt und dadurch den falschen Anschein eines illegalen Vorgehens auf sich geladen hat...

Das endgültige Urteil hierüber wird solange zurückgestellt werden müssen, bis der Tatbestand vollständig aufgeklärt ist. Wie sich im einzelnen die weiteren Vorgänge in Genua gestalten und welche Rückwirkungen sie auf die innerpolitische Entwicklung der einzelnen Länder üben werden, läßt sich noch nicht übersehen. Soviel aber ist schon heute mit aller Bestimmtheit zu sagen, daß die Grundrichtung der deutschen Außenpolitik unverändert aufrechterhalten werden wird. Neigung zu einer sogenannten „Politik der Taten“ — wobei ziemlich im unklaren bleibt, worin diese „Taten“ bestehen sollen — sieht man nur auf der äußersten Rechten, und die nationalbolshewistische Politik, die der gegenwärtigen deutschen Regierung unterstellt wird, obwohl sie

nicht daran denkt, sie zu treiben, findet nur auf der äußersten Linken begeisterte Zustimmung. Die große Mehrheit des deutschen Volkes aber ist einzig in der Ueberzeugung, daß es die Aufgabe der deutschen Politik ist, nach allen Seiten hin neue Anknüpfungen zu gewinnen, Vertrauen zu erwerben und die Stimmung der Welt für eine gedeihliche Lösung der noch schwebenden schwierigen Fragen des internationalen Finanzausgleichs vorzubereiten.

Das war die bisherige Politik der Regierung Birt-Rathenau. Ihr hat der Reichstag wiederholt zugestimmt und zu ihrer Fortführung ist die deutsche Delegation nach Genua entsandt worden. Von einer Absicht der deutschen Regierung, irgend etwas an dieser Politik zu ändern, war in Deutschland bis zur Abreise der Delegation nach Genua nichts bekannt, sie ist ja auch gar nicht vorhanden. Was übrig bleibt, ist zu untersuchen, ob die Regierung in Genua ihren eigenen Absichten entsprechend zweckmäßig gehandelt hat. Darüber mag man im Zweifel sein, nicht aber über die Absichten selbst und noch weniger darüber daß die deutsche Politik nach dem Sturm an der ligurischen Küste denselben Kurs steuern wird wie bisher.

Don Quixote Wilhelm.

Unsere Monarchisten zerbrechen sich noch immer den Kopf über die Doktorfrage, ob Wilhelm der Chemale am 9. November den „Heldenot“ hätte sterben sollen. Da er noch kurzem Heldengerassel vorgezogen hat, es nicht zu tun, erklären sie dies natürlich für das richtige, während umgekehrt, falls er es wirklich getan hätte, sie wohl nicht genug Ruhmesworte für diese Geste hätten finden können. Namentlich der General v. Eisenhardt-Rothe versucht krampfhaft eine Ehrenrettung des gekrönten Don Quixote, indem er bruchstückweise die Tagebuchnotizen Wilhelm veröffentlicht, ohne in seiner militärischen Engstirnigkeit zu ahnen, daß er seinen Helden damit nur immer weiter in die Vächerlichkeit hinabzieht. Auf die neulich veröffentlichte Stelle vom 9. November, wo Wilhelm schwört, mit dem Degen in der Faust zu sterben, folgt jetzt nämlich eine Aufzeichnung des umgekippten Wilhelm in der Nacht vom 9. zum 10., wo er sich — natürlich mit „blutendem Herzen“ — zum Gegenteil entschließt. Von sachlichem Interesse ist nur, daß die Stelle beginnt mit den Worten:

Daher empfahl mir der Feldmarschall, das zusammenbrechende Heer zu verlassen und einen neutralen Staat aufzusuchen.

Damit ist wieder einmal die Behauptung der Nationalisten widerlegt, daß Hindenburg nicht den Rat zur Flucht gegeben, ja nicht einmal etwas von der Flucht gewußt habe. — Neugierst spähst nun aber die Philosophen, die der vernichtete General an Wilhelms wehleidige Expektorationen knüpft. Er fragt:

Weshalb denn noch die Möglichkeit für einen ehrlichen Soldatentod? Der dich beworstehende Woffenstillstand gab gar nicht mehr die Zeit, die Front rechtzeitig zum Kämpfen zu erreichen. (War es nicht vier Jahre lang Zeit gewesen?!) Red.) Selbst aber wenn dies gelang, so lief der Kaiser Gefahr, in den Rückzuggefechten, um die es sich nur noch handelte, verwundet oder unverwundet gefangen genommen und womöglich nach Paris verschleppt zu werden. Wäre dem deutschen Volke und damit dem Vaterlande gedient gewesen?

Man möchte fast sagen: „Ei, Teufel, du warst doch sonst nicht so bedenklich“ — nämlich, wenn es Muskatoten ins Feuer zu jagen galt. Aber eins ergeben die Feilen des fürstlichen Herrern wie seines Dieners gemiß: daß Wilhelm wie seine Umgebung von Hofgenerälen in der großen historischen Situation keine anderen Gedanken und Einfälle hatten, als sie etwa dem zerstörten Hirn des „sinnreichen Junkers“ Don Quixote de la Mancha entsprungen wären. Unfähig zu irgendwelchen wirklichen Taten und Entschlüssen bramarbasirten sie erst mit großen Worten, dann übten sie „heldische“ Gesten — man denke an die Verbarradierung der Billa Fraineuse, in der Wilhelm wohnte, und schließlich solbrierten sie aus — mit Vernunftsgründen maskierter — Angst ihr bißchen Leben.

Das letztere hätte übrigens Don Quixote nicht getan. Er hätte es etwa gemacht wie jener andere gekrönte Narr, der sein Volk ins Unglück stürzte, wie Karl XII von Schweden, der nach seinem Zusammenbruch wirklich bei Bender den Heldenot — notabene gegen seine Cassefreunde, die Türken — gesucht, ihn aber nicht gefunden hat, weil er sich im Gesecht in seine Sporen verwickelte und hinfiel.

Johannes Scherr hat in seiner „Menschlichen Tragikomödie“ vor fünfzig Jahren den Fall dieses fürstlichen Don Quixote geschichtlich erledigt. Wilhelm II. würde ein Gegenstück von erschütternder Parallelität bilden, nur daß ihm die einzige Eigenschaft fehlte, die Scherr bei Karl XII. rühmen kann: der zwar zwecklos vergeudete, aber bei Karl XII. doch vorhandene persönliche Mut.

Das herrliche alte System.

Im „Vokal-Anzeiger“ ergreift einer das Wort, um das laurische Bürgerium anzulügen, weil es 1890 den Fürsten Bismarck im Stich gelassen habe. Heute jammert ja ein Max Naurenbrecher, daß alles nach Bismarck nur Talmi und Schund gewesen sei; heute nennt die „Kreuz-Zeitung“ Wilhelm I. den letzten König von Preußen, aber damals, darin spricht der Mann des „Vokal-Anzeigers“ die Wahrheit — hat sich kaum eine Stimme für den Fürsten Bismarck erhoben, als der selbstüberzeugte Enkel des ersten Wilhelm den Gründer seines Reiches die Treppe hinunterwarf. Woran lag das? Der Mann des „V.“ schreibt:

Die politische und nationale Willensbildung ist durch ein selbsthätiges System gesellschaftlicher Mißziehung verkrüppelt worden. Sie ist schon im jungen Menschen, und wenn es da nicht gelungen war, im älteren gebrochen oder in ein falsches Fahrwasser geleitet worden. Räncher, der bei dem unheilgebrorenen und Unheil gebährenden Streite zwischen Kanzler und Kaiser behauptete, seinem Kaiser die Treue wahren zu müssen, gehörte zu den ersten, die das gefallene Kollektiv verleugneten.

Ei, sonst liest man's doch anders in reaktionären Blättern, wenn es gegen die Republik geht! Da kann nicht genug des Ruhmens davon gemacht werden, wie das alte System ein System der „charakterfesten Männer usw.“ gewesen sei. In unbewachten Augenblicken kommt aber doch einmal die wirkliche Meinung, kommt die Wahrheit zum Ausdruck. Denn diesmal hat der „Vokal-Anzeiger“ recht.

Ein Feind der Siedlung.

In der „Deutschen Tageszeitung“ lamentiert der genügend bekannte Junker von Oldenburg-Januschau einen ganzen Bektartikel lang über das Siedlungswehen. Der Grund ist allerdings naheliegend, er ist der einzige, der bei einem echten Agrarier als Jomerregger in Betracht kommt: Herr v. Oldenburg fühlte sich nämlich persönlich geschädigt, weil man ihm von seinem Gut Lichterselde bei Eberswalde ein Stück zu Siedlungszwecken entliehen und „nur“ 1000 Mark für den Morgen gegeben hat. Die Haare stehen einem allerdings zu Berge, wenn Herr v. Oldenburg die „Niedrigkeit“ des Kaufpreises damit motiviert, daß sein Vorbesitzer schon vor 20 Jahren Land in der gleichen Lage für 4000 Mark den Morgen an Siedler verkauft hätte. Damals war nämlich der normale Preis für Ackerland je nach Güte 200 bis 300 Mark pro Morgen!

Zufällig kennen wir den Fall Lichterselde ziemlich genau. Der Siedlungsfreundliche Herr v. Oldenburg hatte nämlich von seinem großen Gut zwei Stücke zur Siedlung angeboten, von denen das eine absolutes Unland war, auf dem nichts wachsen konnte — er selbst bezeichnete es als ein „Sandstück“ —, das andere lag in so ungünstiger Verkehrslage, daß die angustiebedingten Arbeiter der Fabrik am Finow-Kanal ihre Arbeitsstellen nicht hätten erreichen können.

Das Geschrei des Herrn v. Oldenburg über die Enteignung des einzigen in Betracht kommenden Stückes ist eine Illustration des Agrarierhandpunktes: Erst komme ich, dann nochmals ich, dann gar nichts, und dann kommt das Gemeinwohl noch immer nicht!

Charles Vildrac: Das Paketboot Tenacity

Kammerspiel.

Charles Vildrac ist ein französischer Dichter, den wir deutschen Kameraden wegen seiner scheideliebenden Gesinnung lieben. Er gehörte früh zu den Aufgeklärten der Erde, die gegen den Krieg und zur Vernunft aufriefen. Es strömte von seinem Herzen in das Schauspiel, das er erfindet. Eine große Zärtlichkeit zu den Menschen leitete ihn, als er das Leid der jungen Leute erkannte, die sich heute auch in Frankreich vom Krieg ausruhen dürfen. Sie sind, zwei Arbeiter, Buchdrucker, der Heimat müde geworden. Neue Freiheit lockt, unendliches Land, Kanada, das größer als das alte Europa ist und trotzdem kaum die Bevölkerung von London zählt. Hin aus in die neue Welt! Die beiden Freunde sehen sich in der Hofenschenke zum letzten Umhülz nieder. Da ist der Kessel ihres Dampfers Tenacity gebrannt. Sie müssen warten vierzehn Tage lang.

Entscheidung, Lebenswendung, die banal scheint, die aber rüttelt und erregt. Der kräftigste von den Burschen hängt sich an das Schenkmaßel. Der feinere und stillere wird ausgeflossen. Zwei Freunde, die fürs Leben zusammengesetzt schienen, werden gesprengt. Der Stärkere geht mit dem Maßel ins Weite, aber durch die Sonne der heimischen Strohen. Der Schwächere wankt allein zum Schiff. Werden seine Kräfte für die harte neue Erde ausreichen? Fragezeichen, das die Gedanken festhält.

Es ist Jugend in dem Stück, es ist Erfahrung und Psychologie in ihm, sogar Theateroutine und etwas darüber. Das ist eben das Leitmotiv der Gesinnung, die Fähigkeit des Gewissens, die auf jede Menschenhöhe und auf jede Menschenlänge ein Licht der Güte legt. Es spricht Hidor, der Säuser, die Philosophie des Schauspiels, die nicht gesprochen worden wäre, wenn nicht der russische Barfüßer Talsols oder Gorkis gesprochen hätte. Freiheit, Freiheit, Erdenvertrauen, das Gottvertrauen bedeutet, auch dann, wenn alle Lebensstufen wogeleiten. Das Hofanna des schwachen Eroberers, des Proletariats, der selbständig wird, erschallt nicht aufdringlich und lehrhaft, sondern aus der Brust, die sich menschlich aufschleht.

Nun hat Herr Ivan Schmitt, der Regisseur, vollständig vergessen, daß in solchem Stücke nicht dekamiert werden darf. Es muß etwas Quellendes, aber nichts theatralisch Kulliertes aus solcher Aufführung kommen. Kolorit fehlt, um den technischen Ausdruck zu gebrauchen. Die Natur wurde ersetzt durch ein gelegentlich geklafftes und geschilltes Hofensirenengeräusch. Es ist schlecht, wenn die Hafenswirbel zur Dialektistin stilisiert wird. Die Phantasie des Regisseurs hat verlag.

So spielten alle Künstler einen Grad zu hoch geschraubt ins Bürgerliche. Prof. Denora, das Schenkmaßel, Lust, Sinnlichkeit.

aber ein Grund Keuschheit beim Dichter, gebärdet sich zu artig einen Akt lang, so daß der Durchbruch des Begehrens nicht Steigerung, sondern Verblüffung wird. Dieterle und Brausewetter waren dem Regisseur weniger geforsam und darum unwilliger. Aber die Treuherrigkeit Brausewetters ist eher Omniasstentent als dieser gekrönte Arbeiterjüngling. Bei allem wirkt es erfreulich, daß Dieterle am stärksten in den Augenblicken des Dämpfens und Verhaltens ergreift. Den französischen Säuser, Moralisten, Freiheitsapostel, Vorführer und Bestreger der Menschenmühsere spielte Ellinger humorig, schelmig, nasal, pfliffig. Der Schuß Volksweltlichkeit fehlte, jene Weisheit, an die Vildrac glaubt, an die wir alle glauben, die wir mit dem Volke gehen und für das Volk dichten wollen. Max Hochdorf.

Deutsche Kunst im Kaiser-Friedrich-Museum. Im Kaiser-Friedrich-Museum ist die Hälfte des sogenannten Stoffanles, links von der Basilika, abgetrennt und für deutsche Bildwerke eingerichtet worden. Außer dem Rest der Trierer Statuen, die dem Museum verblieben sind, findet man dort vor allem zwei große Altarwerke, für die in den überfüllten Räumen der deutschen Abteilung kein Platz vorhanden war. Der große Schnitzaltar aus Norddeutschland mit seiner im 13. Jahrhundert entstandenen Staffel und dem großartigen, etwa 150 Jahre jüngeren Oberteil darf als eines der bedeutendsten Denkmäler mittelalterlicher Kunst aus Norddeutschland gelten. Der Antwerpener Passionsaltar ist während des Krieges angekauft worden. Die Sammlung besitzt in ihm ein Hauptwerk dieser vor allem für das Rheingebiet so wichtigen niederländischen Schule, gleich hervorragend durch Erhaltung und Aufbau wie durch den Reichtum der realistisch erzählten Einzelgenen. Auch jetzt, nach Einrichtung dieses Notbehelfs, bleibt ein großer Teil der deutschen Werke in engen, unzulänglichen Magazinen aufgestapelt. Und andererseits: das Kaiser-Friedrich-Museum wird durch solche Einschachtelungen immer unübersichtlicher. Der Innenausbau des Deutschen Museums ist leider bis auf weiteres gänzlich eingestellt.

Dresslerle Seefsterne. Die Seefsterne, die allen Badegästen der Nordsee wohlbekannt sind, stehen auf der untersten Stufe der tierischen Entwicklung. Desto verwunderlicher ist es, daß man selbst diese primitivsten Organismen, die kaum den Eindruck eines lebendigen Wesens machen, dressieren kann. Von diesen eigenartigen Dressurversuchen berichtet Dr. W. Goetsch in einem Aufsatz der „Naturwissenschaftlichen Wochenschrift“. Die Sinnesapparate der Seefsterne befinden sich an den Armpfützen, und ein Reiz des einen oder anderen Armes genügt, um dem ganzen Nervensystem die Richtung anzugeben, nach der sich die Bewegung der Füßchen einzustellen hat. Reizt man nun zwei entgegengesetzte Arme des Tieres gleichzeitig, so geht es dem Seefstern wie dem Esel zwischen zwei Heubündeln; er weiß nicht, nach welcher Seite er sich wenden soll. Wägt man einen Seefstern erst einmal nach einer bestimmten Richtung kriechen, so wird diese Seite bei einem zweiten Versuch bevorzugt, wenn zwei Seiten gleichzeitig gereizt werden. Ist bei

Zum Tode Hues.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Reichstagsfraktion haben an die Witwe des Genossen Hues folgendes Beileidetelegramm geschickt: „Zum Tode Ihres Gatten sagen wir Ihnen unser herzlichstes Beileid. Mit Hues ist wieder einer der erfolgreichsten Kämpfer des Proletariats dahingeshieden. Die deutsche Arbeiterklasse wird ihn nie vergessen. Das möge Sie in Ihrem tiefen Schmerz trösten.“

Die Beisetzung Otto Hues findet am Sonntag nachmittag, 2 Uhr, vom Saalbau in Essen aus statt. Genosse Dr. Adolf Braun wird bei den Beisetzungsfeierlichkeiten den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion vertreten.

Das Urteil gegen Maslow.

Der russische Kommunist Maslow, der sich mit einem falschen Paß in Berlin aufgehalten hatte, war unlängst vom Schöffengericht wegen Urkundenfälschung usw. zu acht Monaten Gefängnis verurteilt worden, wobei das Gericht als straferschwerend annahm, daß Maslow den deutschen Staat um die Steuer habe betrogen wollen. In der Berufungsverhandlung, die dieser Tage vor der Strafkammer stattfand, wurde die Behauptung des erstinstanzlichen Urteils widerlegt, daß die Paßfälschung aus finanziellen Gründen erfolgt sei. Selbst der Staatsanwalt ließ dieses Argument fallen, erklärte die Strafe für zu hoch, und beantragte acht Wochen Gefängnis. Das Gericht ging aber weit über diesen Antrag hinaus und verhängte wegen Paßvergehens und intellektueller Urkundenfälschung eine Gesamtstrafe von fünf Monaten Gefängnis, wovon zwei Monate durch die Untersuchungshaft als verbüßt gelten. Einem Antrag des Verteidigers, den Haftbefehl gegen eine Kaution von 20 000 M. auszuheben, stimmte der Staatsanwalt zwar zu, aber das Gericht ging auch hier über den Antrag weit hinaus und verhängte 150 000 Mark Kaution.

Wenn findet nun die Verhandlung wegen Paßvergehens und Urkundenfälschung gegen einen gewissen Herrn statt, der am 9. November 1918 mit einem falschen, auf den Namen Erich Lindström lautenden Paß unter Zuhilfenahme einer blauen Brille nach Schweden gereist ist?

Was Groener gestattet.

Zweierlei Plakatrecht bei der Eisenbahn.

In Nr. 180 des „Vorwärts“ wurde berichtet, daß die Aushängung eines Plakats der Arbeiterportier auf den Bahnhöfen verboten worden ist, weil auf ihm eine rote Fahne zu stark hervortrete. Seine ablehnende Haltung begründet der Reichseisenbahnminister Groener in einem persönlich unterzeichneten Schreiben damit, daß er bei Genehmigung des Aushanges nicht in der Lage sein würde, gegen Plakate mit schwarzweißen roten Farben in der gleichen Weise vorzugehen. Mit dieser Motivierung steht es aber in Widerspruch, daß man allenthalben auf den Bahnhöfen lustig die schwarzweißen roten Farben plakatiert sieht.

So sieht man z. B. auf dem Bahnhof in Briesen (Mark) eine große schwarzweiße rote Reklametafel mit der Aufschrift: „Deutscher Volksbote, Nationale Zeitung für Stadt und Land“.

Woh schönere sieht es auf dem Bahnhof Zwickau aus. Dort hängt die Aprilnummer des „Riesbacher Anzeigers“ aus, in der die Regierung Birt auf gemeinste, gehässige Art angepöbelt wird. Aber wo? Nicht etwa auf einer beliebigen Reklametafel, sondern in dem amtlichen Mitteilungskasten des Bahnhofes!

Wir machen Herrn Groener hiermit auf diese Mißstände aufmerksam, damit er seinen gegenüber den Arbeiterportieren bekundeten Willen zum Einschreiten in die Tat umsetzen kann.

Zum Affenst auf Risukoff. Nach Zukarester Blättern hätten russische Offiziere eine G. m. b. H. in Berlin, Luisenstr. 31, gegründet, die nur eine Aushängeschild für die politische Organisation sei, welche nach Auffassung der Zukarester Polizei Begleitungen zum Affenst auf Risukoff habe.

einem früheren Versuch ein Arm gereizt worden und werden nun zwei Arme auf verschiedenen Seiten gereizt, so neigt sich das Tier nach ganz kurzer Zeit nach der Seite, auf der sich der nach dem ersten Versuch gereizte Arm befindet. Aus solchen Versuchen läßt sich beweisen, daß selbst bei diesen so tiefliegenden Tieren ein Eindruck längere Zeit haften bleiben kann. Auf diesem Haftenbleiben von früheren Eindrücken beruhen nun die Untersuchungen über das Wenden der Seefsterne. Begt man das Tier auf den Rücken, so krümmen sich zunächst alle Arme etwas ein und taften hin und her, bis dann durch ein Uebergewicht auf der einen Seite das ganze Tier herumschwingt und wieder auf die Bauchseite kommt. Man kann nun Seefsterne nach zwei Wochen „tägliches Unterrichts“ so weit bringen, daß sie immer nach derselben Seite herumschlagen. Infolge dieser „Dressur“ bildet sich eine Gewohnheit heraus, die noch eine Woche lang nach dem Aufhören der Ubrichtung deutlich bestehen bleibt. Die Seefsterne werden durch 10 bis 12maliges tägliches Wenden auf ganz bestimmten Armen bei Behinderung der anderen Arme dazu erzogen, sich immer nach derselben Seite heranzuwenden, und sie behalten dann diese Richtung auch noch eine Zeitlang bei, wenn die Behinderung aufgehoben ist. So erweist sich also die Möglichkeit einer Dressur selbst bei diesen allerprimitivsten Organismen.

Der internationale Kongress für Schul-Speranto wurde am Dienstag in Genf eröffnet. 120 Delegierte vertreten 25 Länder auf der Konferenz, 16 Regierungen haben sich offiziell verzeihen lassen. Die vollständig in Esperanto gehaltenen Beisprechungen widelten sich rasch und ohne Ueberjagung ab. Vertreter von Portugal, Italien, der Tschechoslowakei, Holland, Japan und China berichteten über die in den öffentlichen Schulen gemachten Erfahrungen, ein französischer Vertreter über den Esperanto-Unterricht an den Handelsschulen von Paris. In mehreren Städten Englands, Italiens, der Tschechoslowakei, Deutschlands und der Schweiz wird Esperanto öffentlich gelehrt. Der deutsche Vertreter Dr. Dieterle gab eine eingehende Schilderung der Fortschritte des Esperanto, das an öffentlichen Schulen von 31 Städten unterrichtet werde.

Berufung von Peter Behrens nach Wien. Die Berufung von Professor Peter Behrens an die Wiener Akademie der bildenden Künste, von der wir feinerzeit berichteten, ist nunmehr erfolgt. Behrens übernimmt den seit dem Rücktritt Leopold Bowers im Anfang des Jahres 1919 unbesetzten Lehrstuhl. Es ist zu hoffen, daß Behrens infolge der Annahme dieses Rufes Berlin nicht ganz den Rücken kehrt, und man darf bedauern, daß es der preussischen Kunstverwaltung nicht gelungen ist, diesen großen Künstler für eine deutsche Hochschule zu gewinnen.

Das russische Dramatische Theater hat die Wochen zu den vom 2. bis 16. Mai in Berlin stattfindenden Vorstellungen aufgenommen. Die Dekorationen und Kostüme, die nach den Entwürfen von Professor Alexander Dewos hergestellt worden sind, büchten für das Berliner Theaterleben eine Ueberwälzung bedeuten, da das russische dramatische Theater bisher noch nie in solcher Ausstattung und Größe auf einer deutschen Bühne gezeigt worden ist.

Kapallo und Versailles.

Paris, 20. April. (Havas.) Poincaré erteilte Dubois Befehle, um die Reparationskommission offiziell von dem Bestehen des deutsch-russischen Vertrages in Kenntnis zu setzen und daraus die Folgerungen zu ziehen, die die Lage erfordert. Ferner hat der Ministerpräsident alle alliierten Regierungen ersucht, sich der französischen Regierung anzuschließen, um das deutsch-russische Abkommen der Botschafterkonferenz vorzulegen. Die Bestimmungen des Vertrages von Kapallo bringen die Gefahr mit sich, die Reparationskommission eines Teils ihrer Hilfsmittel zu berauben, über die sie auf Grund des Vertrages von Versailles verfügen könnte. Außerdem kann das deutsch-russische Abkommen anderen Bestimmungen von Versailles Abbruch tun, die einen mehr politischen Charakter haben, und es ist Sache der Botschafterkonferenz, auf Grund der Artikel 17 und 18 der Anlage II offiziell die Verpflichtungen allgemeiner Art gegenüber dem Vertrag von Versailles festzustellen.

Poincaré sandte ferner Weisungen an Barthou über die Haltung der französischen Abordnung in Genua. Da der Einspruch der Alliierten nur an die deutsche Abordnung gerichtet wurde, weil sie die größere Verantwortung bei dem Zwischenfall trägt, stehen die Verhandlungen mit den Russen vor der Wiederaufnahme. Die französische Regierung widersteht sich dem nicht. Sie ist aber der Ansicht, daß die Beratungen mit den Delegierten Moskaus nur fortgesetzt werden können, wenn diese sich bereit zeigen, den Bedingungen von Cannes zuzustimmen. Wenn daher die Bevollmächtigten Moskaus zu einem Abkommen mit den Alliierten kommen wollen, so müssen sie im Voraus auf Bestimmungen verzichten, wie sie im Vertrag mit Deutschland enthalten sind. Wenn sie ihre Forderungen aufrechterhalten, würde die französische Abordnung ihre Mitarbeit bei der Konferenz für die Prüfung der russischen Fragen einstellen. Die französische Regierung hat immer betont, daß sie keine Ausnahme von den Bestimmungen von Cannes zulassen würde. Sie hat bei dem letzten Zwischenfall erneut den Beweis ihres guten Willens und ihrer Verschönllichkeit dadurch geliefert, daß sie der russischen Abordnung keinen Vorwurf machte. Sie wird, wenn sie jeden Eingriff in die von den Alliierten angenommenen Grundsätze ablehnt, nur der immer von ihr verfolgten Politik treu bleiben.

Der rumänische Kommunistenprozeß.

Bukarest, 20. April. (Antel.) Der Führer der rumänischen Nationalpartei, Professor Jorga, erklärte als Zeuge in dem Prozeß gegen 270 Kommunisten und Sozialisten in Bukarest, der größte Teil der Angeklagten bestände aus anfänglichen und späteren Leuten als es viele Führer der Regierungsparteien seien. Es läge kein Grund vor, diese Leute wegen Unverständnisses mit Sowjetrußland, mit dem sich Rumänien nicht im Kriegszustande befinde, anzuklagen, während namhafte Politiker, die während des Krieges mit dem Feinde Vereinbarungen trafen und in der Armee Propaganda trieben, bisher angetastet geblieben seien.

Der Führer der Bauernpartei, Universitätsprofessor Store, erklärte als Zeuge, es sei ungerechtfertigt, Sowjetrußland für die in Rumänien verübten Attentate eine moralische Schuld in die Schuhe schieben zu wollen.

Die rumänische Regierung soll beabsichtigen, den Bandenführer Machno, seine Frau und 18 seiner Anhänger aus Rumänien auszuweisen. Sollte dem Wunsche Machnos, nach der Ukraine ziehen zu dürfen, nicht entsprochen werden, dürfte er nach Polen abgeschoben werden.

Erwachende Ungarn in Berlin.

Im „Berl. Tagebl.“ erwähnt Dr. Feder, daß auch in Berlin ein Verein Erwachender Ungarn bestünde, also der magyarischen Jünglinge. Vor einigen Tagen wurde ein Leutnant Herbst, der von dem Jarenegeneral Horschelmann in Danzig zu dem Mörderhauptling Hejjas nach Budapest fuhr, kurz vor Pössauf chloroformiert und es wurden ihm Briefe abgenommen, die sich — nach Dr. Feder — auf die Russenabordnung in Genua bezogen; in welchem Sinne, kann man sich denken.

Nun meldet die Ung. Korr. aus Budapest: In der Untersuchung wegen des Bombenattentates im liberalen Klub war es der Polizei gelungen, die Schuldigen festzustellen. Es sind die Offiziere Bibo, Söfödy, Attila Rumboldt und Sessil, letzterer auch einer der Mörder des sozialdemokratischen Redakteurs Szomogy. Als Ankläger kamen die beiden Führer der Erwachenden Ungarn Daniel und Turcsanyi in Betracht, die auch verhaftet wurden. Aber die Erwachenden Ungarn erzwangen durch ihre Beziehungen zum Reichsverweser die Einstellung der Untersuchung. Obwohl der Innenminister Klebelsberg mit seinem Rücktritt drohte, falls die Untersuchung nicht fortgesetzt werde, wurde ihm doch die Erlaubnis zu weiteren Verhaftungen nicht erteilt und es mußten sogar die beiden bereits Verhafteten freigelassen werden.

Zur oberschlesischen Autonomie.

Beeslau, 20. April. (Eig. Drahtbericht.) Die sozialdemokratische Stellungnahme gegen die oberschlesische Landesautonomie hat bereits eine außerordentlich beachtenswerte Wirkung erzielt. In dem oberschlesischen Zentrumsblatt, der „Volksstimme“, macht nämlich der Führer des oberschlesischen Zentrums und der ganzen Autonomieagitation, Reichstagsabgeordneter Ullrich, einen ganz neuen Vorschlag zur Lösung des oberschlesischen Problems. Ullrich wiederholt die schon früher von den Autonomisten ausgegebene Parole, die Form der Autonomie sei gleichgültig, wenn nur eine erweiterte Selbstbestimmung Oberschlesiens möglich würde. Er will die Agitation für die Landesautonomie fortsetzen und in der Volksabstimmung zum Siege führen. Wenn dieser Sieg errungen ist, wünscht er ihn jetzt plötzlich nicht mehr im Sinne der Ausgestaltung eines selbständigen deutschen Landes Oberschlesiens nach dem Muster Baden oder Bayern auszuwerten, sondern will mit seinem neuen Vorschlage aus Oberschlesien ganz nach freier Entscheidung der oberschlesischen Volksvertretung und Vereinbarung mit dem Reich ein Reichsland machen. In der Eigenart der inner- und außenpolitischen Bedeutung der oberschlesischen Frage findet er diese Verfassungsform genügend begründet.

Ullrichs Vorschlag, den er übrigens vorläufig nur als Privatperson macht, dürfte auf manche Einwendungen stoßen, weil er das Bedenken einer Auflösung Oberschlesiens von dem übrigen Schlesiens nicht gerührt, ein Bedenken, das auch von Kulturpolitikern im Zentrum erhoben wurde.

Inkrafttreten der neuen Handwarensteuer am 1. Mai. Die die ZU. erläßt, hat der Reichsfinanzminister der Finanzen bestimmt, daß Artikel 3 der Handwarensteuer (Absatz 1 a bis c und f des Gesetzes betr. Erhöhung einzelner Verbrauchssteuern vom 8. April 1922) ab 1. Mai 1922 in Kraft tritt. Von Inkraftsetzung der Vorschriften und der Nr. 1 d und e wird abgesehen. Gesetz und Verordnung werden demnächst im Reichsgesetzblatt veröffentlicht werden.

Grunewald - Volkspark.

Der Pressedienst des Landwirtschaftsministeriums wendet sich in längeren Ausführungen gegen einen Artikel des Süddeutschen Prof. Dr. Jansen, in dem behauptet wurde, daß der Fiskus als Besitzer der Domäne Dahlem die Waldgrenze immer mehr zurückdränge, daß unbarbarisch alles niedergeschlagen würde, und daß solche Abholungspläne seitens des Landwirtschaftsministeriums „in aller Heimlichkeit geschmiedet“ würden. Die amtliche Stelle betont besonders, daß der gegenwärtige Landwirtschaftsminister keine Entscheidung hinsichtlich der Abgrenzung des Aufstellungsbereiches getroffen und keinen Quadratmeter Grunewaldgelände für Bebauungszwecke abgegeben habe; die Abgrenzung sei vielmehr schon in weit zurückliegender Zeit erfolgt.

Schließlich wird darauf hingewiesen, daß der 10 000 Hektar große Dauerwald als Volkspark für die Groß-Berliner Bevölkerung gesichert sei, und daß diese Fläche allen berechtigten Anforderungen genügen dürfte, zumal die Dahlemer Aufstellungskommission durch den auch von Jansen hervorgerufenen Bau der Schnellbahn dafür gesorgt habe, daß der Grunewald aus allen Teilen Berlins bequem zu erreichen ist. Vom Bahnhof Potsdamer-Platz ist der Dauerwald in 25 Minuten, von Dahlem-Dorf in 10 Minuten und vom Bahnhof Thielplatz durch die Anlagen im Schwarzen Grund in 15 Minuten zu erreichen. Die Aufstellung der Domäne Dahlem habe also ganz im Gegensatz zu den Jansen'schen Ausführungen bewirkt, daß das Berliner Publikum keinen Volkspark schneller und besser erreichen könne als je zuvor. Die Vorwürfe, die Prof. Jansen gegen das Landwirtschaftsministerium richte, seien somit gänzlich unbegründet.

Was wird aus der Gewerbesteuerordnung?

Ueber die neue Gewerbesteuerordnung soll in der heutigen Stadtordehnung nach einer dritten Beratung entschieden werden. Der Magistrat hat sich gestern erneut mit ihr beschäftigt und der schon von dem Stadtordehnungsausschuß vorgeschlagenen Fassung grundsätzlich zugestimmt. Er ist demnach insbesondere auch den Beschlüssen über die Beseitigung der Flächensteuer und der Flächensteuer beigetreten. Dagegen vermochte er dem in der letzten Stadtordehnungsvorlesung gefassten Beschluß, daß bei der Berechnung des steuerpflichtigen Ertrages von Einzelfirmen, offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften für die Arbeitsleistungen der Geschäftsinhaber ein Betrag von 24 000 Mark in Abzug zu bringen sei, nicht zuzustimmen, weil dann der Ertrag der Gewerbesteuer nach der neuen Steuerordnung hinter dem zurückbleiben würde, was die Gewerbesteuer in der bisherigen Form der Zuschläge zur Staatssteuer und mit dem bisherigen Satze für 1922 erwarten läßt. Der Magistrat hat deshalb beschlossen, für den Fall, daß die Stadtordehnungsvorlesung auch in der dritten Lesung diesen Beschluß aufrecht erhält, die Steuerordnung zurückzuziehen und die Gewerbesteuer für das Jahr 1922 nach in der Form von Zuschlägen zur staatlichen Gewerbesteuer zu erheben.

Der Mord in Wilmersdorf.

Eine Beobachtung durch das Fenster.

Zur Aufklärung des Mordes in Wilmersdorf hat jetzt eine Frau eine wichtige Bemerkung gemacht, die voraussichtlich zum Ziele führen wird. Die Frau wohnt etwa fünf Minuten vom Fundort der Leiche entfernt am Hohenzollernndamm. Sie wurde in der Nacht gegen 2 Uhr durch einen heftigen Wortwechsel vor dem Fenster ihres Schlafzimmers geweckt und sah unter der halb hochgezogenen Balustrade durch das geschlossene Fenster auf die Straße hinaus, wo drei Männer einen jungen Mann bedrängten. Sie will gehört haben, daß der Wortführer der Gruppe wiederholt sagte: „Ich habe einen Revolver und ich schreie!“ und ferner: „Ich bin genau so anständig wie du, ich mich in Ruhe!“ Ueber vier entsetzten sich schließlich in der Richtung nach der Sächsischen Straße zu, in der der Unbekannte um 4 Uhr von dem Untergrundbahnwärter erschossen aufgefunden wurde. Die Frau hatte den Eindruck, daß die vier Männer jedoch erst ein Kolo in der Nachbarschaft verlassen hätten. Die Kleidung des Erschossenen, besonders das Fehlen des Kragens, deutet ebenfalls darauf hin. Die Kriminalpolizei hat sofort diese Spur aufgenommen und Nachforschungen eingeleitet.

Zum Türkenmord in der Uhlandstraße

wird mitgeteilt, daß der in Wittweida verhaftete Student jetzt nach Berlin gebracht worden ist. Es handelt sich um einen jungen Mann von 20 Jahren namens Bronislaw Hoomanian, der sich kürzlich durch verdächtige Äußerungen bemerkbar gemacht hat. Hoomanian studierte bisher in der Schweiz und kam erst vor einigen Wochen nach Wittweida, wie er sagt, weil er mit seinem türkischen Gelde, das er regelmäßig aus der Heimat erhielt, besser auskom. Er wohnte zunächst in einem kleinen Hotel und dann seit einiger Zeit im Stadthaus Nr. 5. Hier fand man bei seiner Verhaftung eine große Korrespondenz in armenischer Sprache, die beschlagnahmt wurde und jetzt von Dolmetschern übersetzt wird. Der Verhaftete bestreitet, irgendeiner Organisation oder gar einem Geheimbund zur Ermordung der Mitglieder des Zentralkomitees der Jungtürken anzugehören. Nach dem Ergebnis der bisherigen Ermittlungen ist es höchst wahrscheinlich, daß die Täter von der Geheimverbindung ihren Auftrag erhalten und zur Ausführung direkt vom Ausland nach Berlin gelangt worden sind. Auffallend ist, daß sich von den Augenzeugen der Mordtat immer noch niemand gemeldet hat, da es feststeht, daß sich viele Personen, Männer und Frauen, in gleicher Höhe mit den Tätern in der Uhlandstraße befunden haben.

Eine deutschnationale „Futtertruppe“.

Der Posten eines Einnehmers der preussischen Lotterien war von jeher begehrt, weil er für den Glücklichen, der einen solchen erwirbt, eine Goldgrube bedeutet. Als Preußen noch ein Königreich war und daher die Lotterie „königlich“ hieß, wurden verabschiedete Offiziere und andere Leute, die sich irgendwie „verdient“ gemacht hatten, auf so einen Einnehmerposten gesetzt. Von „Futtertruppen“ sprach man damals noch nicht, und wer gegenüber einem „königlich-preussischen Offizier a. D. und „königlich-preussischen Lotteriereinnehmer“ sich das herausgenommen hätte, dem wäre es übel ergangen. Ueber „Futtertruppen“ - Wirtschaft schreibt man erst, seitdem wir die Republik haben und in den Verwaltungen von Reich, Staaten und Gemeinden die „Futtertruppen“ des Nachwuchses der Besitzenden gefährdet erscheinen. Deutschnationale Blätter erdosen sich darüber, daß in den Verwaltungen jetzt die leitenden Stellen auch an Sozialdemokraten gegeben werden. Möge die deutschnationale Sippe sich damit trösten, daß die „Futtertruppen“ der jetzt republikanisch-preussischen Lotterien noch sicher vor den Rotten sind. Da hat z. B. die „Deutsche Tageszeitung“, das deutschnationale Organ der bekanntheit trotz allen Lebensmittelpreissteigerungen immer noch „nolleidenden“ Agrarier, in ihrem eigenen Hause so eine Lotterie-„Futtertruppe“. Der bisherige Inhaber war Herr Telge, der Träger eines dem Agrarierblatt vertrauten Namens — denn Telge hieß auch der bisherige Generaldirektor des Verlages der „Deutschen Tageszeitung“. Telge ist vor kurzem gestorben und sein Nachfolger auf dem Posten des Generaldirektors ist Herr W. Tschermak geworden. Den Kunden der Lotterie empfiehlt sich jetzt — ein Herr Max Tschermak.

Die Wohnungsbaubgabe.

Ein Mietzuschlag, der jedoch der Allgemeinheit zugute kommt, wird demnächst von den Mietern zu zahlen sein. Auf Grund des Reichsgesetzes vom 26. Juli 1921 zur Förderung des Wohnungsbaues und der preussischen Verordnung vom 21. November 1921 haben die Katasterämter die Hausbesitzer zur Abgabe von 5 Proz. des Nutzungswertes der vor dem 1. Juli 1918 bezugsfertig gewordenen Gebäude veranlagt. Die Einziehung erfolgt durch die Gemeinde in der Weise, daß die Hausbesitzer verpflichtet werden, in einer besonderen Formularliste den veranlagten Sollbetrag auf die einzelnen Mieter nach Maßgabe der Grundmiete zu verteilen. Sobald alle Mieter eines Hauses die Verteilung als richtig anerkannt haben, ist sofort mit der Einziehung zu beginnen. Verteilung und Einziehung sollen durch den Hauswirt, nicht durch die Mieterverwaltung, binnen 14 Tagen durchgeführt sein. Sobald nur ein Mieter die Anerkennung verweigert, ist die Einziehung für sämtliche Mieter zu unterlassen. Die Verteilung wird dann amtlich durch das Katasteramt festgesetzt. Die Gemeinden erhalten für ihre Mitwirkung 6 Proz. der abgetriebenen Abschreibungskosten.

Die Pelzdiebin beim Reichswehrminister.

Vor einiger Zeit fand in den Räumen des Reichswehrministers Dr. Gehler ein Tee zum Besten des Flottenvereins statt. Hierbei wurde einer Frau B. ein kostbarer Pelzmantel im Werte von 22 000 Mark gestohlen. Nach den Ermittlungen der Kriminalpolizei kommt vermutlich als Täterin eine uneheliche Kurstückerin Marie W. in Betracht, die am 31. Dezember 1876 in Berlin geboren ist und hier zuletzt in der Friedrichstraße 212 wohnte. Sie hatte es wiederholt verstanden, sich auf Wohlhabendensfesten einzufinden und in einem unbewachten Augenblick wertvolle Kleidungsstücke zu entwenden. Ihr jetziger Aufenthalt war bisher nicht zu ermitteln, sie soll sich aber unangemeldet in Berlin aufhalten. Auf die Ergreifung der Diebin, die wegen anderer Straftaten von verschiedenen Staatsanwälten gesucht wird, und die Wiederbeschaffung des wertvollen Pelzmantels ist eine hohe Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen, die streng vertraulich behandelt werden, nimmt Kriminalkommissar Gehler im Zimmer 133 des Berliner Polizeipräsidiums, Hausanruf 409, entgegen.

Rufbau- und Uebergangsklassen in Neukölln.

Im künftigen Schuljahr werden einige bedeutungsvolle Veränderungen in dem höheren Schulleben des Bezirks Neukölln durchgeführt. Das Kaiser-Friedrich-Realgymnasium wird mit ministerieller Genehmigung in ein Reform-Realgymnasium, des mit Ensisch beginnt, umgewandelt werden. Ferner wird dort gleich nach Ostern eine Aufbauskollegie nach dem Trosen der deutschen Oberrealschule eingerichtet werden, für die sich schon etwa 120 Gemeindefürer im Alter von 13 bis 14 Jahren gemeldet haben. Die Gezeichneten werden durch eine Ausnahmeprüfung ausgewählt. Außerdem wird am Anzeum II mit Genehmigung des Provinzialschulkollegiums eine Uebergangsklasse aus Gemeindefürern des 13. bis 14. Lebensjahrs geschaffen werden, die etwa der Tertia einer Aufbauskollegie entspricht. Während in der Aufbauskollegie für Knaben mit Ensisch begonnen wird, wird in der Uebergangsklasse für Mädchen mit Französisch begonnen werden. Auf hier liegen bereits etwa 100 Anmeldungen vor, und auch hier wird durch eine Ausnahmeprüfung eine Auswahl getroffen werden. Die Eltern, deren Kinder durch die Gemeindefürer vorgeschlagen worden sind, werden von der Verwaltung demnächst eine Aufforderung zur Aufnahmeprüfung bekommen. Weitere Meldungen können durch die Schulen noch an die Schulverwaltung geleitet werden. Es kommen für die Rufbau- und Uebergangsklassen selbstverständlich nur Knaben und Mädchen in Frage, die ausreichende Begabung haben, von normaler Gesundheit sind und bei denen die Eltern die Absicht haben, die Kinder bis zur Erreichung des Schulalters die Schule besuchen zu lassen.

Das Ende der Straßenlokomotive.

Im Laufe des Krieges waren in Berlin, als der Mangel an Pferden und mechanischen Zugmitteln besonders stark hervortrat, Straßenlokomotiven als Zugmaschinen für Postenzüge für den Verkehr vorübergehend zugelassen worden. Von dieser Zulassung haben eine ganze Reihe von Expeditionsfirmen Gebrauch gemacht und zur Beförderung von Möbelwagen und anderen Lasten Dampflokomotiven in Benutzung genommen, die bis jetzt auch im Betriebe waren und zu keinerlei Bedenken Anlaß gegeben haben, trotzdem man zunächst die Befürchtung hegte, daß die verhältnismäßig schweren Maschinen die Straßenpflasterung übermäßig angreifen und andererseits auch, daß die nicht ohne außerordentliches Geräusch arbeitenden Maschinen zum Schrecken der Pferde Anlaß geben würden. Die Gründe, die im Jahre 1917 zur Zulassung von Dampfstraßenlokomotiven als Zugmittel geführt haben, sind heute größtenteils hinweggeräumt, da andere mechanische Zugmittel (Kraftwagen usw.) und die hierfür erforderlichen Betriebsstoffe wieder zur Verfügung stehen. Daher hat der Oberpräsident der Provinz Brandenburg für Berlin und die Provinz Brandenburg angeordnet, daß die vor dem Kriege geltenden Bestimmungen über den Betrieb solcher Maschinen wieder in Kraft treten. In Dampfmobile und ähnliche Lokomobile dürfen in Zukunft nur noch solche Fahrzeuge und Geräte angehängt werden, die unmittelbar zum Betriebe des Dampfzuges gehören.

Auf dem Garnisonfriedhof in der Hafenside ruhen viele Opfer des Weltkrieges. Es war bisher den Besuchern dieser Toten gestattet, den Durchgang durch die ehemaligen Uebungsplätze in der Sieboldstraße zu benutzen, um den großen Umweg um diese Plätze zu vermeiden. Seit einiger Zeit ist dieser Durchgang versperrt. Der Umweg, den die Besucher des Friedhofs nun machen müssen, erfordert mindestens 20 Minuten Zeit. Nicht man in Betracht, daß gerade den vielen alten Müttern und Vätern dieser Umweg außerordentlich schwer fällt, so muß diese von dem Fiskus getroffene Maßnahme als eine völlig unnötige Härte empfunden werden.

Die Arealgenossenschaften von Deutsch-Ostafrika, deren Sicherstellung vor einiger Zeit gemeldet wurde, sollen in einer öffentlichen Versteigerung vom 11. bis 13. Mai durch das Reichspostministerium im Künstlerhaus in Berlin zur Versteigerung kommen. Neben einem Teile dieser von Sammlern sehr geschätzten Briefmarken sollen noch ungebrauchte Postwertzeichen von Deutsch-Ostafrika zur Versteigerung gelangen. Die Bedingungen für diese Versteigerungen sind schon erschienen, über die die Postanstalten den Sammlern und Briefmarkenhändlern, gegebenenfalls auch auf telephonische Nachfrage, Auskunft erteilen. Zur Versteigerung selbst werden auch schriftliche Steigerungsaufträge entgegengenommen und gebührenfrei ausgeführt.

Das Jugendamt des Bezirksamts Wedding veranstaltet am 30. April d. R. (Sonntag) abends 7½ Uhr in der Aula der S. Elisabethen-Hilfsschule, Oranienburger Straße 5, einen „Heiteren Abend“, an dem die Komikerin Gertrude Erna Heurich, Gertrude Frene Kersch (Regulation), Kautenbürger Herr Dr. Meier, Herr Oskar Kertt (Kamer) mitwirken werden. Eintrittspreise: Kinder 3 Mk., Erwachsene 5 Mk. Der Reinertrag fließt der Jugend für Schülerwanderung zu. Einlasskarten werden bis zum 29. April vom Bezirksamt Wedding, Abteilung Jugendpflege und Lebensübungen, Schönheitsstraße 1, der Bezirksfürsorgestelle, Utrecht Straße 31 und an der Abendkasse ausgegeben.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Heiterweife heiter, jedoch NW und überliegendem Bereich mit geringen Niederschlägen und ziemlich frischen nördlichen Winden.

Ein Riesenerdbeben richtete in Halborg (Schweden) einen Schaden von 10 Millionen Kronen an. Es entstand in der Nacht in einem Pössauf an Hafen, ergriff andere Lagerhäuser sowie Holz- und Kohlenlager.

